

News aus der Red Bull City Hall

von Gerhard Weil

Herr R. ließ auf seine Heimatstadt Berlin nichts kommen. So friedlich, still und zurückhaltend er auch sonst im Leben war, Kritik an der Stadt Berlin fand er nicht angemessen, auch nicht an der jeweiligen Senatsregierung. Und die Berliner hatten im Gegensatz zu den Bayern wirklich schon alle nur denkbaren Parteienkonstellationen ausprobiert. Nie sagte Herr R. ein schlechtes Wort über sie, nie unterschrieb er Protestresolutionen. Er ging zu keiner Demo, und Bürgerinitiativen unterstützte er auch nicht. Obwohl das eigentlich zum guten Ton in der Stadt gehörte. Herr R. war stets zuversichtlich im Bezug auf die Weisheit und das Können des Senats und seiner Akteure.

Selbst als die Eröffnung des Flughafens BER, Willy-Brandt-International, 2012 zum vierten Mal verschoben worden war und der damalige Regierende Bürgermeister vom ersten auf den letzten Platz der Beliebtheitsskala absackte, hatte Herr R. darin nur das Werk einer süddeutschen Mafia gesehen. Waren nicht die geplanten Eröffnungen wegen der immer wieder nicht funktionierenden Brandschutzanlage verschoben worden? Waren nicht Siemens und Bosch die verantwortlichen Firmen? Und wo waren diese Konzerne beheimatet? Richtig, in München und Stuttgart, na bitte! Bei so viel Verschwörungstheorie erhob selbst seine eigene Gattin leise Einwände, ob da nicht vielleicht doch auch das Berliner Management geschlafen haben musste. Der BER – Flughafen wurde auch 2016 nicht eröffnet. Weil alle Fachleute ihn als zu klein ansahen angesichts wachsender Touristenzahlen. Vor der Einweihung gab es deshalb den Anbau von zwei zusätzlichen Terminalhallen. Aber in einer heißen Sommernacht im August 2017 fiel in Berlin Kreuzberg an der Admiralsbrücke das dortige Prekariat über Touristen aus Russland und China her und schmiss 37 Gäste mit ihren lauten Rollkoffern in den stinkenden Landwehrkanal. Gleichzeitig, die Hitze war wirklich unerträglich, rotteten sich junge Berliner am Prenzlauer Berg zusammen und setzten drei schwäbische Restaurants, eine Spätzlespätkaufstelle sowie zwei Weckenbäckereien in Brand. Beide Ereignisse wurden bald „Wolfgang –Thierse-Memorial-Riot“ genannt. Aber außer erheblichem Sachschaden gab es glücklicherweise keine Opfer. Doch das Medieninteresse war weltweit geweckt, die Touristen- und Schwabenfeindlichkeit der Stadt im In- und Ausland schien belegt, Berlins Tourismus ging um 90 % zurück. So einen Touristenschwund hatte die Welt bisher lediglich nach dem arabischen Frühling in Tunesien und Ägypten erlebt. Herr R. schüttelte beim Frühstück nur bedauernd den Kopf, als die Meldungen auf seinem Tablet erschienen.

Angesichts der sinkenden Einnahmen und der immer weiter steigenden Kosten für den Flughafen reagierte der Senat beherzt und führte innerhalb des gesamten S-Bahnringes eine Parkraumbewirtschaftungszone ein. Damit löste er auch kurzfristig ein Personalproblem. Viele

Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst mussten weiterbezahlt werden, obwohl es für sie nichts mehr zu tun gab. Eltern schickten ihre Kinder möglichst auf Privatschulen statt in die verrotteten öffentlichen Schulen, die Bibliotheken waren mit der rasanten Verbreitung von E-Books ausnahmslos geschlossen worden, Kitas standen leer angesichts der drastisch gesunkenen Kinderzahl in Berlin. Durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen bot sich nun ein großes, neues Arbeitsfeld für Lehrkräfte, Bibliothekare und Kindergärtnerinnen: Sie wurden kurzerhand als Parkraumwächter eingesetzt!

Noch fühlte sich der in Lichtenrade in einem Reihenhaus wohnende Herr R. von solchen Spar- und Geldbeschaffungsmaßnahmen nur geringfügig betroffen, sein Grundstück lag außerhalb des S-Bahnringes, Parken war in seiner direkten Umgebung noch kostenlos. Aber mit der Einführung der Brückengebühr traf es dann auch ihn. Früher hatte Herr R. die vielen Brücken Berlins beim Autofahren kaum bemerkt. Jetzt hatte sich Berlins Wasserstraßennetz fest in seinem Gedächtnis eingebrannt, denn er musste vor jeder Autofahrt überlegen, möglichst wenige Brücken zu überqueren. Brücken, die nun lustige Namen trugen wie „Bertelsmann Brücke“ oder „AOL Bridge“, benannt nach der jeweiligen „Brückensponsorenfirma“, die dem Senat im Vorfeld eine einmalige hohe Prämie zahlte und dafür die Gewinne aus den Mautgebühren einstrich. Wie bei dem Vorbild der „Manhattan Bridge“ in New York zwängten sich die Autofahrer an den Kassen vorbei, wo sie – unter den aufmerksamen Blicken von Ex-Studienräten – möglichst elegant eine Fünfeuro Münze in einen Fangkorb schnippten, um den Weg fortsetzen zu dürfen. Durch eine geschickte Routenplanung konnte man mittlerweile viele Euros sparen.

2019 wurde der neue Flughafen zur Freude von Herrn R. endlich eröffnet. Den Festakt vollzog der ehemalige Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, nunmehr Landrat des zuständigen Landkreises Spreewald-Dahme (LSD), den die Bewohner wohl wegen seiner bayrischen Herkunft gewählt hatten. Der neue Name „RBB - Willy Brandt“ stand für „Regionalflughafen Berlin-Brandenburg- Willy Brandt“, denn der aktive Teil der Anlage bestand nur aus einem der neuen Anbauten, während der Rest der Gebäude leer stand. Bei der abendlichen Eröffnungsfeier fiel das allerdings kaum auf, da man noch keine technische Möglichkeit gefunden hatte, in den anderen Hallen das Licht zu löschen.

Bei laufendem Betrieb vergrößerte sich das Flughafendefizit so drastisch, dass die Berliner Landesregierung beschloss, die Parkraumbewirtschaftungszone nunmehr bis zum Stadtrand auszudehnen und die Parkgebühren auf 8 Euro pro angefangene Stunde zu erhöhen. Daraufhin bekam Herr R. nun doch langsam Zweifel am Senat, vertröstete sich aber mit dem Wissen, dass er ja zu Hause gebührenfrei in seiner Privatgarage parken konnte. Öffentliche Verkehrsmittel fielen als alternative Fortbewegungsmittel aus, denn durch die drastischen Tarifierhöhungen im

Halbjahresrhythmus waren die Tickets nur noch für Besserverdienende erschwinglich, und Busse und Bahnen verkehrten aufgrund der geringen Nachfrage auch nur noch im Stundentakt. Zum Glück liebten Herr und Frau R. ihr Lichtenrade, die Beschränkung auf ihren Wohnbezirk machte ihnen daher wenig aus. Und kurze Strecken konnten sie ja – als meist noch recht rüstige Rentner – völlig gebührenfrei mit dem Fahrrad erledigen. Gerüchte über geplante Radwegenutzungsgebühren hielt Herr R. zu diesem Zeitpunkt noch für völlig absurd! Einen Knacks bekam Herr R.s tiefes Vertrauen in den Senat, als er Post aus der „Red Bull City Hall“ (vormals „Rotes Rathaus“) bekam, in der er freundlich aufgefordert wurde, noch in diesem Jahr auf seinem Reihenhaus eine Solaranlage zu installieren. Als Begründung führte man an, dass im Zuge der Nachhaltigkeitsentwicklung im Umweltbereich die schadstofffreien Technologien zu fördern seien und das Grundstück kostenlos von der Sonne belichtet würde. Im Falle der Weigerung, eine Solaranlage zu installieren, werde die Regierung eine quadratmeterbezogene „Lichtvergeudungsabgabe“ erheben. Beim Lesen dieses Wortes entwickelte sich auf Herrn R.s Stirn eine kleine Zornesfalte, ein höchst seltenes Ereignis bei seinem so friedfertigen Gemüt. Zum letzten Mal hatte seine Gattin solch eine Falte vor 20 Jahren entdeckt, im Jahre 2001, als der Senat begonnen hatte, das Regenwasser in Rechnung zu stellen, das von ihrem Dach aus über die Regenrinne an ihnen vorbeirauschte. Mittlerweile war das Ehepaar R. Anfang siebzig, Investitionen von bald 100 000 Euro für eine Solaranlage lohnten sich einfach nicht, auch nicht bei dem angeblich so großzügigen Kreditangebot der wieder sanierten Landesbank Berlin.

Herr R. hätte also vorgewarnt sein können, als er eines Tages etwas vom Senat geschenkt bekam: In einem Schreiben, ausgehändigt per Bote, erhielt er als Anlage vier Brückenzollchips! Verbunden mit der Aufforderung, sich im Gesundheitsamt Tempelhof-Schöneberg/Steglitz-Zehlendorf „zur Messung seines Atemvolumens einzufinden“. Ein Bekannter war bereits bei solch einer Untersuchung gewesen und hatte ihm geraten, sich rechtzeitig vor dem Termin eine kleine Erkältung einzufangen, das würde ihn kurzatmig machen. Ein geldwerter Ratschlag! Herr R. dagegen freute sich über die Brückenzollchips und erschien pünktlich, gesund und quietschvergnügt bei der Amtsärztin, die ihn abhorchte, den Brustumfang vermaß und ihn dann in einen Apparat pusten ließ.

„Ist das eine behördliche Alkoholkontrolle?“, versuchte Herr R. zaghaft einen Scherz. „Nein, wir vermessen aufgrund eines neuen Gesetzes das Lungenvolumen unserer Mitbürger ab 18 Jahren, haben Sie das nicht in den E-News gelesen?“

„Wozu der Riesenaufwand, das kostet den Steuerzahler doch Millionen?“, antwortete er.

„Natürlich, aber denken Sie doch bloß an die Einnahmemöglichkeiten! Allein bei Ihrem Brustumfang“, bemerkte die Frau Doktor anerkennend, „da werden Sie für den

Sauerstoffverbrauch und ihre persönliche Stickstoffproduktion schon ein hübsches Sümmchen hinblättern müssen! Meinen Sie, wir belegen die umweltgefährdenden Autos seit Jahren mit höheren Kfz-Steuern und das Benzin mit 2 Euro Ökosteuer und lassen Sie als Verbraucher den wertvollen Sauerstoff kostenlos nutzen und das Stickstoffaufkommen der Republik ohne Gebühr erhöhen? Sie haben ja noch nicht mal einen KAT wie Ihr Wagen! Nur mit Abgaben dieser Art können wir unseren Verpflichtungen beim Bonner Klimaschutzprotokoll nachkommen.“

Als der elektronische, gehalts- und verbrauchsabhängige „Luftverbrauchsbescheid“ zwei Monate später pünktlich zum Frühstück auf dem Tablet landete, war selbst Herr R.s hohe Toleranzgrenze überschritten. Er lief über dem ganzen Gesicht rot an, sprang in die Luft und rief: „Ich könnte zum Rumpelstilzchen werden - Scheißstadt!“

„R. wie Rumpelstilzchen, wie passend!“, kicherte Frau R., war über den ungewohnten Wutausbruch ihres Mannes aber doch besorgt.

„Na, aber es ist doch wahr! So kann das doch nicht weitergehen!“, zeterte Herr R. erobert weiter. »Der Senat berechnet uns Wasser, Erde, Licht und Luft – was fehlt, ist eigentlich nur noch der Wind, der zurzeit noch kostenlos weht. Aber auf dem Turm der „Red Bull City Hall“ haben sie schon den Fahnenmast für die Bärenflagge demontiert und stattdessen ein Windenergiegerät der neuesten Generation installiert. Und es gehen Gerüchte in der Stadt, dass alle Grundstücksbesitzer zum Bau einer ähnlichen Anlage verpflichtet werden sollen. Sonst droht eine „Windvergeudungsabgabe“! Ich unterschreibe ab sofort jede Protestresolution und mache bei jeder Demo gegen die Halsabschneider der Landesregierung mit! Und, Südlichter hin, katholische Bischöfe her, wir werden versuchen, das Haus – ohne Solaranlage fraglos mit Verlust – zu verscherbeln und uns nach München absetzen! Dort sind sie erst bei der Niederschlagswasserabgabe ...“

Leider wurde aus diesem Vorhaben von Herrn R. nichts, denn die bayrische Landesregierung erließ in einem Sondergesetz eine generelle Zuzugssperre für Berliner und Brandenburger. Ausnahmen setzten eine „white-blue-card“ voraus. Und die wenigen, die überhaupt ausgegeben wurden, erhielten nur hoch qualifizierte Fachkräfte unter 35 Jahren. Einige white-blue-cards mussten allerdings unter der Hand vermittelt worden sein, denn fast alle Berliner Senatoren a. D. wohnen mittlerweile in Bayern!